

SPD-Kreistagsfraktion im Landkreis Esslingen
c/o Pulverwiesen 11 • 73726 Esslingen a. N.

Herrn Landrat Musolf
per Email

Esslingen, den 09.06.2026

Sozialausschuss 11.06.2026
hier: Änderungsanträge zu Vorlage 034/2026

Sehr geehrter Herr Landrat,

Die SPD Fraktion stellt zur Vorlage 034/2026 folgende Änderungsanträge:

1. Die Beschlussziffer 2 soll wie folgt geändert werden:

Zur Sicherung der weiteren Haushaltsstabilität werden zusätzliche freiwillige Leistungen nur auf Beschluss des zuständigen Ausschusses sowie bei gleichzeitiger Ertragssteigerung oder Aufwandsreduktion an anderer Stelle eingegangen.

Begründung:

Die Verwaltungsvorlage verfolgt das Ziel, die Haushaltsstabilität des Landkreises zu sichern. Dieses Ziel wird ausdrücklich unterstützt. Ein genereller Ausschluss zusätzlicher freiwilliger Leistungen kann jedoch die notwendige politische Gestaltungsfähigkeit einschränken und die Reaktion auf zukünftige gesellschaftliche oder soziale Bedarfe erschweren. Die vorgeschlagene Änderung ermöglicht weiterhin die Wahrnehmung politischer Handlungsspielräume, stellt aber gleichzeitig sicher, dass neue freiwillige Leistungen nur nach fachlicher und politischer Beratung sowie bei nachgewiesener Gegenfinanzierung beschlossen werden. Dadurch werden Haushaltsstabilität und politische Steuerungsfähigkeit gleichermaßen gewährleistet.

2. Unter Beschlussziffer 3 wird folgender Absatz ergänzt:

zu prüfen, welche Prozesse innerhalb des Sozialdezernats sowie in der Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern (insb. Berichtswesen) verschlankt oder entfallen können. Zu ermitteln, welche Personalstellen(anteile) in der Folge entfallen können.

Begründung:

Die Vorlage konzentriert sich auf die Überprüfung von Zuschüssen und freiwilligen Leistungen im Sozialhaushalt. Für eine nachhaltige Verbesserung des finanziellen Ergebnisses sollten darüber hinaus auch die internen Verwaltungsprozesse sowie die Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern auf Effizienzpotenziale untersucht werden. Insbesondere im Bereich des Berichtswesens bestehen Möglichkeiten zur Entbürokratisierung und Prozessverschlinkung. Konkret gilt es auch zu hinterfragen, ob künftig stärker auf Stichproben mit Sanktionen bei

Verstößen anstelle von flächendeckenden, aufwändigen Verwendungsnachweise gearbeitet werden kann. Die daraus resultierenden organisatorischen und personellen Effekte sollen transparent dargestellt werden, damit der Ausschuss eine umfassende Grundlage für weitere Konsolidierungsentscheidungen erhält. Dies ergänzt die in der Vorlage vorgesehene Betrachtung der Leistungsseite um eine notwendige Prüfung der Verwaltungs- und Prozesskosten.

Für die SPD-Fraktion

Michael Medla
Fraktionsvorsitzender

Marius Osswald
Mitglied Sozialausschuss